

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement für den Monat Dezember auf die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 35 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

Zum ersten Advent.

Neujahr ist's heute. Wie? so fragen Viele verwundert. Neujahr ist doch am ersten Januar! Am Abend vorher giebt's ei e Sylvesterbombe, die Nacht wird lustig durchlebt und nach dem letzten Schlage der Mitternachtsglocke ruft's herüber und hinüber: „Prost! Neujahr!“ Heute ist's nicht Neujahr!

Und doch: es ist Neujahr. Die Advents-
 glocken tönen durch die christlichen Lande, sie
 klingen so lieblich auch in unserer Stadt und in
 unserm Dorfe. Ein neues Kirchenjahr hebt an,
 ein Jahr der Gnade des lebendigen Gottes. „Ach
 was Kirchenjahr! was Kirche!“ so sagen ja leider
 Viele. „Wir brauchen keine Kirche! Taufen und
 Träumen sind nicht mehr nötig! Wo zu die
 Gottesdienste? Man kann ja außer dem Schatzen
 der Kirche des Lebens sich freuen! Die Kirche
 ist nur für Weiber, für Dummheit und für ver-
 rante Dummheit.“ Die heilige Bildung ist
 darüber hinaus!

So schallt es, bald fern, bald nah von allen
 Dörfern. Aber wie sieht's im Volke aus! Wer
 noch fest will, kann sehen, kann es mit Händen
 greifen, das es herab geht mit unserm Volke,
 unter Reichen und Armen. Der Genuß gilt,
 oder die Jagd nach Genuß, und das Gemüth
 wird zu Grunde getragen. Wirtshausmänner bringen
 Tausende und Hunderttausende durch Zug und
 Trug zusammen und verschleudern ihre Beute in
 Sauf und Braus. Beamte, die mit der Ver-
 waltung der Sparpennie Ämter betraut sind,
 werden als Räuber und Diebe entlarvt. Kann
 man nur eine Zeitungsummer zur Hand neh-
 men, ohne einen Bericht zu finden über Mord,
 Selbstmord, Meineide, Einbrüche? Die Gerichte
 werden gar nicht mehr fertig mit der Beurthei-
 lung der Verbrechen, die Richterstellen müssen ver-
 mehrt werden.

Und wächst nicht Leid und Haß der Nicht-
 heitenden, trotzdem so viel für das Wohl der
 arbeitenden Klassen getan wird? Nimmt die
 Sozialdemokratie nicht an Ausdehnung zu, obgleich
 sie innerlich gespalten erscheint? Droht nicht
 das Fundament alles gesunden Volkslebens, die
 Familie und ihre Heiligkeit, bei hohen und
 geringen in Schutt zu verfallen? Was meint
 ihr wohl, ihr Krieger, ihr geistlichen Leute: würde
 es in unserm Volke so böse aussehen, wenn man
 der Kirche und dem Evangelium von Christo
 nicht den Rücken gekehrt hätte?

Ein neuer Geist muß über unser deutsches
 Volk kommen, ein neues Leben muß Eingang
 halten, das Leben in Gott und aus Gott, der
 Geist der Liebe, der Barmherzigkeit, der Zufriedenheit.
 Von den Propheten des Unglaubens, von dem
 Verein einer gläubigen Geistlichkeit wird sich ein
 Strom neuen Lebens niemals ausgehen. Unser
 Volk muß die Abendschaden hören, die Ver-
 nachlässigung mit Freuden vernehmen, die große
 Osterschaden glauben, den Pfingstgeist erbitten
 zur Kirche treu und fest halten, seinen Glauben
 durch die That bewahren, dann wird es stark
 sein und gerüstet stehen gegen innere und äußere
 Feinde.

Darum willkommen, ihr Glockentöne der

Abendzeit! Ihr sollt uns Freunde und Ver-
 kündiger einer besseren Zukunft sein.

E. L. Berlin, 26. November 1892.
Preussischer Landtag.

Abgeordneter-Haus.
 10. Sitzung vom 26. November.
 Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung
 um 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Miquel und
 Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung
 der ersten Beratung des Kommunalabgaben-
 Gesetzes.

Abg. Gerlich (freil.) beauftragt bei diesem
 Gesetze nur eine Kategorie: die ungenügend
 lichen Schulden, die sich mit diesem Gesetze wer-
 den abgeben müssen. Er wünschte, daß die
 Herren vom Regierungstische sich einmal in die
 Provinz aufs Land begeben möchten, um dort die
 Verhältnisse zu studieren. Der Finanzminister
 sei zwar drei Tage im Osten gewesen, sei dort
 jedoch nicht gewesen und habe auch ein Glas Sekt auf
 das Wohl der Provinz getrunken, aber beim
 schönen Diner, beim Glase Sekt lerne man diese
 Verhältnisse nicht kennen. Wenn die Mitglieder
 dieses Hauses den Inhalt dieser Paragraphen nur
 mit Mühe zu verstehen vermöchten, was sollten
 dann die armen Schulden? Das Gesetz
 wäre nur auf die Verhältnisse der Städte zugeschnitten, aber das Land und die Städte bedürften
 besonderer Kommunalsteuererlasse. Wenn die
 Herren im Westen ein Kommunalsteuergesetz durch-
 aus für nötig hielten, weil ihnen ihre Kommunal-
 steuern zu hoch seien, weshalb zögen dieselben
 nicht nach dem Osten, wo die Steuern nicht so
 hoch seien?

Abg. Döpelius (freil.) erhebt sich zu der
 kurzen Erklärung, der Vorredner habe nicht im
 Sinne der Fraktion geredet und namentlich habe
 auch nicht der Sinn seiner Äußerungen den An-
 sichten der Fraktion entprochen.

Abg. Seyffardt-Magdeburg (nl.) wen-
 det sich gegen die Bestimmung in § 46, wonach
 die Kommunal Realsteuer höchstens das 1/10fache
 des Zuglages zu den Realsteuern betragen darf.
 Seine Bedenken hiergegen seien ihm so größer,
 als in der Begründung zu dem Gesetze auch nicht
 das mindeste Material für diese Bestimmung be-
 gebracht sei. Man wisse durchaus nicht, wodurch
 sich eine solche Bestimmung rechtfertige. Ebenso
 könne er nicht einsehen, weshalb für jeden Zu-
 schlag zur Einkommensteuer über 100 Prozent
 hinaus die Genehmigung der Staatsregierung
 eingeholt werden müsse. Unter den Bestimmun-
 gen der §§ 45 und 46 würden vorwiegend die
 industriellen Gemeinden leiden, sie würden viel-
 fach die Uebertragung der Lasten von den Schul-
 tern der Leistungsfähigen auf diejenigen der Un-
 terleistungsfähigen zur Folge haben. Namentlich
 würde auch die Wohnungsnot der unteren Klassen
 dadurch eher verstärkt, als abgeschwächt. Zum
 mindesten müsse er verlangen, daß in § 45 eine
 Bestimmung aufgenommen werde: „Die gleiche
 Herabsetzung der Realsteuern kann herabgemindert
 werden, wenn dies das Wohngeldgesetz der
 Arbeiter erforderlich macht.“ Er gebe der
 Kommission anheim, diese Gesichtspunkte in Er-
 wägung zu ziehen.

Ministerpräsident Graf Culeburg giebt
 dem Vorredner zu, daß die bisherigen statistischen
 Angaben über die kommunalen Ausgaben der
 Unterbezirke vielfach nur auf Schätzungen be-
 ruhen, aber auf Schätzungen gemäß Angaben
 der Vertheilung, deren Richtigkeit anzuzweifeln
 sein muß vorliege. Zu einem Zwange, wie
 gegenüber den Gemeinden, sei er gegenüber den
 Unterbezirken nicht berechtigt. Und wollte er in
 den nächsten Jahren die Statistik hierüber er-
 neuern, so würde Vorredner doch wieder denselben
 Einwand erheben wie heute: daß dieselbe auf
 Schätzungen beruhe. Aus eigenen Erfahrungen

gelenbe Schlüsse auf die ganze Monarchie zu
 ziehen.

Abg. Reibers (nl.) empfiehlt die Bestim-
 mung, wonach die vierte Gewerbesteuerklasse ent-
 weder ganz frei bleiben, oder zu ermäßigten
 Sätzen herangezogen werden darf, auch auf die
 dritte Gewerbesteuerklasse auszudehnen. Auch in
 Zukunft nach Erlaß dieses Gesetzes würde es im
 Westen noch viele Gemeinden geben, wo die Ein-
 kommensteuereinschlüsse so hoch sein würden, daß
 eine gleiche Belastung der Realsteuern nicht mög-
 lich sei werde.

Abg. Wümeling (Zentr.) hebt noch be-
 sonders hervor, daß es jedenfalls nötig sei, auch
 die Gewerbesteuer in diesen Ueberweisungsplan
 aufzunehmen und nicht etwa, wie dies von einer
 Seite vorgeschlagen sei, nur die Grund- und Ge-
 bäudesteuer den Gemeinden zu überlassen, es
 würde sonst ein großer Theil der Vorzüge dieser
 Reform verloren gehen. Höchstens als Vorbe-
 halt könne man sich auf die Ueberweisung ledig-
 lich der Grund- und Gebäudesteuer einlassen.
 Durchaus sympathisch sei ihm der Gedanke, daß
 besondere Vortheile aus Gemeindeeinsparungen
 auch besondere Steuerlasten gegenüberstellen
 sollen. Ebenso sympathisch sei ihm der Ausbau
 der industriellen Steuern, doch müßte die not-
 wendigen Lebensmittel freigegeben werden. Auch
 die Besteuerung von Bier könne er höchstens
 dann sich gefallen lassen, wenn auch Wein und
 Branntwein herangezogen würden. Für unrich-
 tigkeit halte er die Besteuerung von Privatinsur-
 ranzen, es wäre dies ein zu tiefes Eindringen in
 private Verhältnisse. Die conditio sine qua non
 für ihn sei aber ein kommunales Wahlrecht in
 nicht platonischem Sinne.

Abg. Sombart (nl.): Er habe sich seit
 21 Jahren mit den Gemeindefinanzverhältnissen
 beschäftigt und könne sagen, daß er im Allge-
 meinen auf dem Boden dieses Reformplanes stehe.
 Aber er müsse doch Einiges in Bezug auf die
 Verhältnisse auf dem platten Lande hinzusetzen.
 Die Realsteuern, insbesondere die Grund- und
 Gebäudesteuer, wie das Gesetz saae, aufzu-
 heben werden. In den Gemeinden liege ja die
 Sache klar, die Gemeinden erheben künftig über-
 haupt keine Grund- und Gebäudesteuer. Bei der
 selbstständigen Unterbezirke sei die Sache anders.
 Man habe ja zwar sein Freund Emmerich Zif-
 fern veröffentlicht auf Grund von Angaben bei
 Gelegenheit des Gewerbesteuergesetzes, daß in den
 Landgemeinden 160 Prozent, in den Unterbezirken
 101 Prozent Kommunalsteuereinschlüsse für Kreis-
 und Kommunalsteuern erhoben würden. Aber er
 wisse nicht, wie sich das für die Unterbezirke
 überhaupt feststellen lasse, denn diese hätten doch
 keinen Etat, wie die Landgemeinden. Er bitte
 den Minister doch zu veranlassen, daß einmal eine
 möglichst zweifelhafte genaue Statistik über die
 Kommunalabgaben in den Unterbezirken erhoben
 werde. So lange diese nicht vorliege, habe er
 Zweifel, daß in den Unterbezirken, wenn ihnen
 die staatlichen Realsteuern gelassen würden, die-
 selben zu kommunalen Ausgaben herangezogen
 würden, zumal ja durch deren Arbeiter vielfach
 die Nachkommenden belastet würden. Es sei
 dies nicht, nachdem leider kein Ideal, die Bil-
 dung in kommunalen Verbänden unter Einbeziehung
 der Unterbezirke nicht erreicht sei.

Ministerpräsident Graf Culeburg giebt
 dem Vorredner zu, daß die bisherigen statistischen
 Angaben über die kommunalen Ausgaben der
 Unterbezirke vielfach nur auf Schätzungen be-
 ruhen, aber auf Schätzungen gemäß Angaben
 der Vertheilung, deren Richtigkeit anzuzweifeln
 sein muß vorliege. Zu einem Zwange, wie
 gegenüber den Gemeinden, sei er gegenüber den
 Unterbezirken nicht berechtigt. Und wollte er in
 den nächsten Jahren die Statistik hierüber er-
 neuern, so würde Vorredner doch wieder denselben
 Einwand erheben wie heute: daß dieselbe auf
 Schätzungen beruhe. Aus eigenen Erfahrungen

weise er aber, daß die kommunalen Leistungen der
 Unterbezirke in der That erhebliche seien. So
 viel in Bezug auf Zusammenlegung von Unter-
 bezirken mit Landgemeinden zu thun möglich sei,
 werde gemäß der Landgemeindeförderung geschehen.
 Aber jedenfalls würde es heute eine Ungerechtigkeit
 sein, wollte man an und für sich die staatlichen
 Realsteuern aufheben, aber die Unterbezirke von
 dieser Aufhebung ausnehmen.

Abg. v. Tiedemann-Labischin (rel.)
 tritt hauptsächlich den bezüglich der Bestimmung
 über das Aufsichtrecht laut gewordene Bedenken
 entgegen. Man müsse wissen, wie leicht eine
 Majorisirung statfinde — es handle sich doch in
 den Gemeinden immer um Interessenkämpfe —,
 auch müsse man sich erinnern, daß dort nicht
 überall die Intelligenz wie in den großen Städten
 zu finden sei, um die staatliche Aufsicht in den
 Formen der Vorlage zu billigen.

Abg. Dr. Meyer-Berlin (fr.): Der
 Minister habe ihm gestern in starken Ausdrücken,
 zu denen er keinen Anlaß gesehen habe, er-
 widert, er (Redner) wisse ganz und gar nicht
 mit den englischen Verhältnissen bescheid, Männer
 der Wissenschaft und Staatsräthe hätten
 längst das englische Kommunalsteuersystem verurtheilt.
 Nichtig sei, daß in England gegen das jetzt ge-
 lte System eine lebhafteste Agitation bestie.
 Dieselbe gehe aus von einer Vereinigung, die
 etwa unsern Bauernvereinsreformen entspreche.
 Dieser Liga schließt sich die offene Sozialdemo-
 kratie an. Als Dritter im Bunde ersehe eine
 „Guardian Society“, eine christliche Gesellschaft,
 die ebenfalls das Landeigentum für die Ge-
 meinde mit Beschlag belegen will. Diese drei
 Elemente lehnten sich gegen das dortige Kom-
 munalsteuersystem auf. Ein von dieser Liga ausge-
 hendes Flugblatt liege ihm vor. In demselben
 heiße es z. B.: „Wir können dies und das, wir
 können das Herz eines Weibes brechen u. s. w.“
 Man erlaube, es sei sich die ehrenwürdigen
 Herren auf, so sei wohl keiner unter ihnen,
 der das von sich sagen könnte. (Große Heiterkeit.)

Der Herr Finanzminister habe ihm nun gestern
 gesagt, er (Redner) kenne diese Agitation nicht,
 und habe ihn, weiter gehend, gleichsam einen
 Ignoranten genannt. Er konnte dem Minister
 antworten: „Vordem hat nicht immer so ge-
 urtheilt!“ In Wirklichkeit habe er über diese
 Agitation vielleicht mehr Material, als der Mi-
 nister. Er könne auch dem Minister antworten,
 wie derselbe früher einmal gesagt: „Ich greife
 nicht persönlich an.“ Gestern sei dies jedenfalls
 geschehen. Sei doch gleich nach des Ministers
 Rede ein Zentrums-Freund zu ihm gekommen
 mit den Worten: „Herr Meyer, jetzt sind Sie
 tot.“ (Heiterkeit.) Er habe diese Trauernach-
 richt mit Bedauern angehört. (Heiterkeit.) Und
 was habe er denn eigentlich dem Minister gestern
 gesagt? Doch nur, was derselbe mittelbar selbst
 gesagt: Der Minister habe die Interessen des
 Grundeigenthums vertreten! Nur habe nicht der
 Minister selbst gesagt, daß diese Reformgesetze
 dem Grundeigenthum Vortheile bringen und daß das
 sich durch die Ueberlastung des Grundeigenthums
 mit Schulden und Steuern rechtfertige?! Und da
 solle es unter des Ministers „Würde“ sein, auf
 seine (Redners) Bemerkungen zu antworten?!
 Seine eigenen Angriffe seien sachlich, nur gegen
 das gegenwärtige Gesetz gerichtet gewesen. Er
 glaube auch nicht, daß dieses Gesetz marschfähig
 sei. Er glaube daher, wir müßten uns auf den
 einzigen Weg zurückziehen: die einzelnen Kom-
 munalsteuern als „Zweck“, Steuern zu wählen.
 Er habe sodann die Mittelsteuern nicht etwa als
 der Vertheilung nicht bedürftig bezeichnet, aber
 die weitere Kommunalabgaben bestanden auch in
 der That auf dieser Steuer so viel als möglich.
 Um des willen sei aber die Mittelsteuer keines-
 wegs „unwünschlich“, wie der Minister meine.
 Redner geht sodann nochmals näher auf die Frage

des Aufsichtrechts ein. Er schließt, in der Kom-
 mission, glaube er, werde an dem Gesetz nicht
 viel geändert werden, deshalb verbleibe er in der
 Opposition gegen dasselbe.

Minister Miquel erwidert, er habe
 gestern nur ganz milde Verteidigungsmittel
 gegen einen persönlichen Angriff seitens des Vor-
 redners angewendet. Ein solcher Angriff sei es
 doch, wenn einem Minister gesagt werde, der-
 selbe lasse ein e besonders klaffe Gefälligkeiten
 zu Theil werden. In einer preisgekrönten Arbeit
 habe, was nun die englische Kommunalsteuer an-
 lange, John Scott dieses Kommunalsteuersystem
 als ein Chaos verurtheilt; Niemand würde dieses
 System heutzutage, falls es nicht schon eingeführt
 wäre, neu einführen wollen. Ebenso abfällig
 lauteten andere kompetente Urtheile. Bei uns
 würde das englische System in den Landgemein-
 den überhaupt unbrauchbar sein. Keine Nor-
 men für die Kommunalbesteuerung würden von
 unseren Gemeinden als spanische Stiefel empfan-
 den werden sein, deshalb habe er den anderen
 Weg gewählt, den Weg einer allgemeinen
 Directive. Er werde sich im Uebrigen freuen,
 in der Kommission durch die Annahme des
 Herrn Dr. Meyer zu hören, wie derselbe sich
 eigentlich die Gestaltung der Sache vorstelle.
 Die Agitation in der freisinnigen Presse berühren
 ihn nicht weiter, denn bei allen Fortschritten in
 der Vergangenheit, die er unterstützte, von der
 Verfassung an, sei er stets von der freisinnigen
 Presse angegriffen worden. (Ri der t: Vielfach
 haben wir Sie doch mit Unterstützung!)
 Der Minister wirt ferner sein Verhalten beim
 letzten Branntweinsteuergesetz als durch die Ver-
 hältnisse erfordert zu begründen. Das Reini-
 gungs-Problem habe er im Uebrigen immer noch
 nicht verloren gegeben, es werde im Reini-
 gungsamte immer noch weiter daran gearbeitet.
 Auch die Eisenbahn-Verstaatlichung bereue er
 nicht. Hier handle es sich ebenfalls um ein
 gutes Werk, und er bitte das Haus, an demsel-
 ben festzuhalten. (Beifall.)

Abg. Herrfurth (bei keiner Fraktion)
 erklärt, er stehe auf dem Standpunkte der frei-
 konserverativen Partei, den gestern der Abg.
 Zischowpe hier dargelegt habe. Er habe aber Be-
 denken gegen dieses Gesetz, zum Theil allerdings
 sogar recht schwere Bedenken, aber er halte doch
 diese Vorlage für einen Schritt zu einer einhei-
 tlichen zweckmäßigen Regelung des Kommunal-
 steuerverfahrens und eine solche einheitliche zweck-
 mäßige Regelung halte er für einen wichtigen
 und wünschenswerthen Akt. Wenn der Herr Mi-
 nister Miquel nentlich gegen die Behauptung
 polemisierte, daß die ganze Reform einen platonischen
 Charakter habe, so habe derselbe gegen etwas
 polemisiert, was er (Redner) selbst gar nicht ge-
 sagt habe. Er habe niemals gesagt, daß diese
 ganze Steuerreform einen platonischen Charakter
 habe, er habe derselben nur nachgesagt, sie
 habe einen agrarischen Charakter und das sei eine
 Behauptung, die er aufrecht erhalte, eine Be-
 hauptung, für die heute der Abg. Sombart sich
 selbst als ein Beispiel hingestellt habe. Und auch
 der Minister, der diesen Charakter bestritten habe,
 habe den Beweis dafür auf derselben Seite des
 stenographischen Berichts selber geliefert. Alle
 diese Widerprüche lösten sich im Uebrigen sehr
 einfach. Man könne sehr wohl sagen: diese Re-
 form sei in ihrer Rückwirkung auf den Groß-
 arbeitskreis agrarisch, in ihrer Rückwirkung auf
 die Städte urbanisch und in ihrer Ein-
 wirkung auf das platte Land platonisch. Was
 jedoch dieses Kommunalsteuergesetz betreffe,
 so sei dasselbe eine durchaus zweckmäßige Grund-
 lage für Gestaltung eines kommunalen Steuer-
 verfahrens. Trotz einzelner Mängel; denn zunächst
 sei dies Aufsichtrecht, wie es hier formuliert sei,
 ein zu weitgehender Eingriff in die Autonomie
 der Gemeinden. So namentlich sei das Zwangs-
 etatirungsrecht durchaus überflüssig. § 7 erläre

6. Das christliche Abendmahl als nothwendiges Gnademittel zur ewigen Seligkeit.

Allerheiligster, Hochwürdigster Vater,
 Allernädigster Vater und Herr!
 Und geliebte römisch-katholische Christen!

Das wichtigste Gnademittel und heiligste Sakrament, welches unser
 Heiland und Herr Jesus Christus den Christen hinterlassen hat, ist das
 Heilige Abendmahl, welches der Herr Christus selbst eingesetzt hat.
 Matthäus berichtet darüber beim letzten Mahle des Herrn vor
 seinem Tode Cap. 26, 26—28: „Da sie aber assen, nahm Jesus das
 Brod, dankte, und brach es, und gab es den Jüngern, und sprach: Nehmet,
 esset; das ist mein Leib. Und er nahm den Kelch, und dankte, gab
 ihnen den, und sprach: Trinket alle daraus; das ist mein Blut des neuen
 Testaments, welches vergossen wird für Viele zur Vergebung der Sünden.“
 Und Lucas berichtet entsprechend Cap. 22, 19—20: „Und er
 nahm das Brod, dankte, und brach es, und gab es ihnen, und sprach:
 Das ist mein Leib, der für euch gegeben wird; das thut zu meinem Ge-
 dächtniss. Dasselbigen gleichen auch den Kelch nach dem Abendmahl,
 und sprach: Das ist der Kelch, das neue Testament in meinem Blut, das
 für euch vergossen wird.“

Ebenso berichtet Marcus Cap. 14, 22—24: „Und indem sie assen,
 nahm Jesus das Brod, dankte, und brach es und gab es ihnen, und
 sprach: Nehmet, esset; das ist mein Leib. Und nahm den Kelch, und
 dankte, und gab ihnen den; und sie tranken alle daraus. Und er sprach
 zu ihnen: Das ist mein Blut des neuen Testaments, das für Viele ver-
 gossen wird.“

Johannes berichtet uns andererseits die Reden des Herrn über das
 Abendmahl und über seine Bedeutung Cap. 6, 51—56: „Ich bin das
 lebendige Brod, vom Himmel gekommen“, spricht der Herr. „Wer von
 diesem Brod essen wird, der wird leben in Ewigkeit. Und das Brod,
 das Ich geben werde, ist mein Fleisch, welches Ich geben werde für das
 Leben der Welt. Wahrlich, wahrlich, ich sage euch: Werdet ihr nicht
 essen das Fleisch des Menschensohns, und trinken sein Blut, so habt ihr
 kein Leben in euch. Wer mein Fleisch isset, und trinket mein Blut, der
 hat das ewige Leben, und ich werde ihn am jüngsten Tage auferwecken.
 Denn mein Fleisch ist die rechte Speise, und mein Blut ist der rechte
 Trank. Wer mein Fleisch isset, und trinket mein Blut, der bleibt in
 mir, und Ich in ihm.“

Ebenfalls bezeugt der Apostel Paulus 1. Cor. 10, 16—17: „Der
 gesegnete Kelch, welchen wir segnen, ist der nicht die Gemeinschaft des
 Bluts Christi? Das Brod, das wir brechen, ist das nicht die Gemeinschaft
 des Leibes Christi? Denn Ein Brod ist es, so sind wir viele Ein Leib;
 dieweil wir alle Eines Brods theilhaftig sind.“ Und ferner 1. Cor. 11,
 23—27: „Ich habe es von dem Herrn empfangen, das ich euch gegeben
 habe. Denn der Herr Jesus in der Nacht, da er verrathen ward, nahm
 er das Brod, dankte, und brach's, und sprach: „Nehmet, esset, das ist mein
 Leib, der für euch gebrochen wird; soles thut zu meinem Gedächtniss.“
 Dasselbigen gleichen auch den Kelch nach dem Abendmahl, und sprach:
 „Dieser Kelch ist das neue Testament in meinem Blut; solches thut, so
 ihr's trinket, zu meinem Gedächtniss.“ Denn so oft ihr von diesem

Brod esset, und von diesem Kelch trinket, sollt ihr des Herrn Tod ver-
 kündigen, bis dass er kommt. Welcher nun unwürdig von diesem Brod
 isset, oder von dem Kelch des Herrn trinket, der ist schuldig an dem
 Leib und Blut des Herrn.“

Nach diesen Berichten der Evangelisten und Apostel und nach
 diesen Reden des Herrn sind das Brod und der Kelch des Abendmahles
 für alle Christen als die nothwendigen Gnademittel eingesetzt, von denen
 nicht das Eine den Christen fortgenommen werden darf.

Von dem Kelche hat Christus bei der Einsetzung ausdrücklich ge-
 sagt: „Trinket alle daraus.“ Und ferner: „Der Kelch, der ist
 das neue Testament in meinem Blute, das für euch vergossen
 wird.“ Für das neue Testament, d. h. für den neuen Bund Gottes mit
 den Menschen in Christus oder für das Christenthum, ist also der Kelch
 das spezifische Gnademittel, durch welches der Christ an dem Blute
 Theil nimmt, welches der Herr für alle Menschen am Kreuze vergossen
 hat zur Vergebung der Sünden.

Und dass dies die Bedeutung des Kelches ist, das bezeugt Christus
 in seiner von Johannes überlieferten Rede Cap. 6, 53—56: „Wahrlich,
 wahrlich, ich sage euch: Werdet ihr nicht essen das Fleisch des Menschen-
 sohnes und trinken sein Blut, so habt ihr kein Leben in euch. Wer
 mein Fleisch isset und trinket mein Blut, der hat das ewige
 Leben, den werde ich auferwecken am jüngsten Tage. Wer mein Fleisch
 isset und trinket mein Blut, der bleibt in mir und Ich in ihm.“

Nach diesen wiederholten Reden des Herrn ist also der Kelch für
 alle Christen eingesetzt, hat der Mensch, der im Abendmahle von dem
 Kelche ausgeschlossen ist, der also an dem Kelche nicht Theil nimmt,
 auch keinen Antheil an dem neuen Testamente des Gottes-
 sohnes, ist kein Christ. Hat der Mensch, der nicht im Kelche das
 Blut des Herrn trinkt, kein christliches Leben in sich, hat
 keinen Antheil am ewigen Leben, und wird vom Herrn nicht am
 jüngsten Tage auferweckt werden. Wer nicht im Kelche das
 Blut des Herrn trinkt, der bleibt nicht im Gottessohne, und
 der Gottessohn nicht in ihm. Dies ist die unzweifelhafte, sechsfach
 bezeugte Lehre unsers Heilandes und Herrn Jesus Christus.

Im geraden Gegensatz zu dieser Lehre des Herrn Christus lehrt
 nun die antichristliche Partei in der römisch-katholischen Kirche:
 Die römisch-katholischen Christen dürften nur das Brod im Abendmahle
 geniessen, müssten aber vom Kelche, von dem von Christus vergossenen
 Blute ausgeschlossen werden, hätten keinen Antheil am Kelche, dieser
 Kelch gehöre allein und ausschliesslich den Priestern.

Die antichristliche Partei in der römisch-katholischen Kirche
 begehrt hiermit das grösste Verbrechen, welches Menschen begehen können,
 sie raubt allen Mit-
 gliedern der römisch-katholischen Kirche ausser den
 Priestern das Christenthum, und damit das Seelenheil,
 die Vergebung der Sünden, die Theilnahme am ewigen
 Leben und die Auferweckung am jüngsten Tage. Die Worte
 des Herrn bei der Einsetzung des Abendmahles und bei der Belehrung
 über das Abendmahl lassen hierüber gar keinen Zweifel aufkommen.

Will die antichristliche Partei in der römisch-katholischen Kirche
 behaupten, dass ihre Lehre die richtige, göttliche, christliche sei, so muss

sie auch behaupten, dass die hiermit in geradem Widerspruche stehende
 Lehre des Herrn Christus die antichristliche, ungöttliche sei. Dies aber
 kann nur der Antichrist, nur der Satan behaupten.

Ein Christ ist nur, wer den Herrn Christus als Heiland und
 Sohn Gottes anerkennt und ebenso seine Lehren als die allein in der
 christlichen Kirche gültigen Lehren. Wer diese Lehren des Herrn Christus
 als unwahr hinstellt, der leugnet auch, dass Christus der Sohn Gottes
 ist, dass er der Heiland ist, der sein Blut vergossen hat, damit wir leben und
 mit ihm vereint den Himmel erben sollen.

Nach der antichristlichen Partei sollen nur die Priester der römisch-
 katholischen Kirche den Kelch mit dem Blute des Herrn geniessen dürfen.
 Aber ist denn Christus allein für die römischen Priester gestorben? Sind
 nur die römischen Priester Christen? Sollen nur die römischen Priester
 in den Himmel aufgenommen werden? Das sei ferne: Der Herr Christus
 ist der Heiland aller Menschen, der will, dass alle zu ihm kommen und
 durch ihn selig werden. Der Herr Christus ist der Heiland, der sich
 gerade der Armen, der Elenden erbarmt. Jeder, der auf seinen Namen
 getauft ist, ist ein Christ zur Seligkeit berufen, sofern er Theil nimmt an
 den Gnademitteln des Herrn und nicht muthwillig die Seligkeit verschert.
 Diese für das Seelenheil nothwendigen Gnademittel sind aber nach dem
 Herrn nächst der Taufe der Leib des Herrn im Brode und das Blut des
 Herrn im Kelche, wer diese nicht nimmt, der hat kein Leben in sich,
 den wird der Herr nicht auferwecken am jüngsten Tage, der wird nicht
 eingehen ins Himmelreich, wie dies der Herr ausdrücklich sagt. Und der
 Herr kann nicht die Unwahrheit sagen.

Die antichristliche Partei, welche den römisch-katholischen Christen
 den Kelch entzieht, und den römisch-katholischen Christen damit nach der
 Lehre des Herrn das Blut des Herrn, die Vergebung der Sünden, das
 Seelenheil, das ewige selige Leben in der Gemeinschaft des Herrn raubt,
 begeht damit das grösste Verbrechen, die Sünde wider den Heiligen Geist.

Und aus welchen Gründen thut dies die antichristliche Partei? Doch
 nur, damit die Priester höher stehen als die Laien, damit die Priester
 herrschen über die Laien, damit die Laien ihnen blindlings gehorchen und
 ihnen ihren Leib, ihre Güter und, was mehr ist, auch ihre Seele zum
 Eigenthum geben. In welcher Weise diese Herrschaft der Priester viel-
 fach gemissbraucht ist, um die Seelen in satanischer Weise zu fangen und
 zu verderben, das werden wir in den späteren Briefen sehen und be-
 weisen.

Die antichristliche Partei wird freilich die obigen Gründe leugnen.
 Aber, so fragen wir, weshalb lehrt sie denn antichristliche Lehren, welche
 in geradem Gegensatz zu den Lehren des Herrn Christus stehen, warum
 zeugt sie durch solche Lehren den Herrn Christus, den Gottessohn, der
 Unwahrheit und stellt sich in satanischer Weise höher wie Gott und
 Gottessohn. Möge sie uns darauf die Antwort geben.

Euer päpstlichen Heiligkeit

unterthänigst gehorsamster

und der geliebten römischen Christen ergebenster

H. Grassmann.

die Ausschüttungsbefugnis ausdrücklich in dieser Beziehung autorisiert, namentlich auch in Bezug auf indirekte Steuern. Sein Beweis am vorigen Montag, daß eventuell Spandau zur Einführung der Weizensteuer gezwungen werden könne — was der Minister bestritten habe — sei also durchaus berechtigt gewesen. Und wenn er sich in der Auffassung dieses Sachverhalts getrennt geäußert haben sollte, so liege die Schuld nicht an ihm, sondern an Text und Motiven und an deren zum Mindesten „nicht geschickten“ Formulierung. Plutokratie sei die Vorlage hinsichtlich der Folgen für das Wahlrecht und hier müsse unbedingt Wandel geschaffen werden. Und zwar müsse die Wahlgesetzreform integrierender Bestandteil dieses Gesetzes werden, auf zweifachem Wege: Bei der Bildung der Urwähler-Abteilungen sowohl für Landtag als Kommune müßten Kommunal- und Kreissteuern mit in Ansatz gebracht werden, ferner müsse die Mindestzahl für die Zugehörigkeit zur 1. und 2. Klasse festgesetzt werden.

Minister Miquel stellt zunächst in Abrede, daß die Regierung den Gemeinden indirekte Steuern aufzwingen könne. Sei in dieser Beziehung die Vorlage unklar, so könne ja die Fassung geändert werden. Sedam bestrittet er nochmals den agrarischen Charakter der Vorlage. Er sei die Vorlage des Vorredners agrarisch, während die Vorlage Eingehenden doch nur Vorteile infolge zumeist, als dies bei einer solchen Reform mit durchgreifenden Gesichtspunkten unvereinbar sei.

Abg. Ebertz (freis.) will sich in der Kommission auf einer Verbesserung der Vorlage beschränken, befürchtet aber, daß bei diesem letzten Versuch einer Regelung des Kommunalsteuerverfahrens doch nicht viel herauskommen werde. Jedenfalls strebe die Vorlage von „Genehmigungen“, welche von dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden nicht viel übrig ließen. Es sei das überhaupt weniger ein Gesetz, als eine Sammlung von Gedanken und Ansprüchen.

Abg. v. Gierke (Folk.) bemängelt die im Entwurfe vorgesehene Staatsaufsicht als zu weit gehend. Von der Besteuerung der Privatindustriellen will er diejenige Aufsicht abtrennen, welche die in geschlossenen Gesellschaften statthabenden oder ein höheres wissenschaftliches oder künstlerisches Verfolgen.

Die Diskussion wird nunmehr geschlossen und das Haus beschließt nach längerer Debatte darüber, ob das Kommunalabgabengesetz einer gesonderten Kommission überwiesen werden solle, oder nicht.

eine einzige Kommission von 28 Mitgliedern mit der Vorberatung sämtlicher drei Steuergeetze zu betrauen.

Die Kommission wird am Montag Mittag von den Abteilungen gewählt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung unbestimmt, jedoch nicht mehr im alten Saale.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 26. November. Das Befinden des Kaisers läßt hoffen, daß derselbe am nächsten Montag einer Einladung des Fürsten v. Pleß zur Jagd nach Folge leisten können.

Die dem Bundesrathe vorgelegte Branntweinsteuergesetz-Novelle enthält neben der Erhöhung des niedrigeren Verbrauchsabgabesatzes von 0,50 auf 0,55 Mark für das Liter reinen Alkohols die Ermäßigung des Kontingents von 4,5 auf 4 Liter für die Branntweinsteuergemeinschaft und von 3 auf 2 1/2 Liter für die süddeutschen Staaten. Mit der letzteren Anordnung soll einer bevorstehenden Schädigung der Interessen des Brennereigewerbes vorgebeugt werden. Die Berechnung, welche das Kontingent auf 4,5 Liter für den Kopf der Bevölkerung festsetzte, ging von der Annahme aus, daß der Konsum noch etwa zum fünften Theile auf den dem höheren Saue unterliegenden Branntwein angewiesen bleiben würde. Diese Annahme hat sich in dem erwarteten Umfange nicht verwirklicht. Der Trinkkonsum, welcher bei Einführung des Gesetzes allein für das Gebiet der vormaligen norddeutschen Branntweinsteuergemeinschaft auf 2,125,000 Hektoliter jährlich veranschlagt wurde, hat sich in dem durch den Duzirktrakt der süddeutschen Staaten erweiterten Verbrauchsgebiet des Gesetzes während des Vertriebsjahres 1889-90, in welchem der Verbrauch seitdem am größten gewesen ist, auf 2,265,000 Hektoliter belaufen, ist aber schon im Jahre 1890-91 auf 2,156,000 Hektoliter zurückgegangen und im letztverflossenen Jahre nur unwesentlich gestiegen. Er übersteigt die Höhe des jetzigen, dem niederen Abgabesatz unterliegenden, auf der Grundlage der Volkszählung vom 1. Dezember 1885 festgelegten Kontingents von 2,108,000 Hektoliter nur um wenig mehr als 50,000 Hektoliter. Hiernach ist voranzusetzen, daß nach dem Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1890 entsprechenden Neuverteilung des Kontingents, welche zum 1. Oktober 1893 einzutreten hat, die zum niedrigeren Abgabesatz herstellbare Gesamtjahresmenge Branntwein nicht mehr vollständig zu Trinkzwecken aufgebraucht werden wird. Die Wirtschaft der Kontingentierung würde hiermit zum Erlöschen kommen. Um den Eintritt dieser Folgen im Interesse des Brennereigewerbes vorzubeugen, wird es einer Verminderung der Branntweinmenge, welche jährlich zu dem niedrigeren Abgabesatz vergesetzt werden darf, vor Beginn der neuen Vertheilungsperiode bedürfen und dazu ist die Herabsetzung von 4 1/2 auf 4 Liter vorgeschlagen.

Wie der „N. N.“ aus Mesch geschrieben wird, verläutete dort über die letzte Reise des Straßburger Bischofs Dr. Frigen nach Berlin und dessen Audienz bei dem Kaiser, daß sie die Zulassung der Franziskaner und Kapuziner, sowie der Schulbrüder gestehen hat. Dr. Frigen hat kürzlich im Ober Elsaß ein Schloß gekauft und beabsichtigt, es als Kloster für Kapuziner einzurichten. Dr. Frigen, der vor seiner Ernennung zum Bischof Direktor des bischöflichen Gymnasiums in Mesch war, weichte vor Kurzem in Mesch und bespach sich mit dem Bischof Bleck. In Mesch befindet sich seit mehreren Jahren eine kleine Niederlassung von Franziskanern und Kapuzinern; die Anzahl der Mönche beträgt 6-10, die durch ihre Bestrebungen schon eine gewisse Berühmtheit erlangt haben. Es soll sich nun in Berlin darum gehandelt haben, diese Niederlassung zu vergrößern und für die im Ober Elsaß zu gründende die Erlaubnis zu erlangen. Die Schulbrüder, seit 1873 in Mesch anwesend, werden für die jetzt völlig entwickelten geistlichen Anstalten des Landes nöthig werden, in denen bisher etwa zur Hälfte weltliche Lehrer verwendet wurden. Da mit genannten Anstalten Interna verbunden, ist die Zahl der benötigten geistlichen Verkräfte nicht unerheblich. Nebenbei sei bemerkt, daß das Vermögen der geistlichen Kongregationen in Mesch auf etwa 17,000,000 Mark geschätzt wird und im Elsaß wohl nicht viel geringer sein dürfte.

Arnsdorf, 26. November. Das Resultat der Reichstagswahl für den Wahlkreis

Arnsdorf-Friedeburg ist bis auf 12 Bezirke bekannt. Bis jetzt hat darnach Alwardt 6600 Stimmen, 300 über die bisherige absolute Majorität.

Sorau (Niederlausig), 26. November. Durch schlagende Wetter fand auf der Gottessegensgrube 3 in Runzendorf ein schreckliches Grubenunglück statt. 2 Bergleute wurden getödtet.

Dresden, 26. November. (W. T. V.) Se. königl. Hoheit der Prinz Heinrich von Preußen trifft morgen Vormittag aus Berlin hier ein, um sich dem Könige als Kommandant S. M. Schiff „Sachsen“ zu melden. Am der Nachmittag in der Villa Ströhen stattfindenden Tafel wird Se. königl. Hoheit der Prinz Heinrich theilnehmen und gegen 7 1/2 Uhr die Abreise antreten.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 26. November. (W. T. V.) Die antisemitischen Blätter veröffentlichen eine Erklärung des antisemitischen Klubs des Wiener Gemeinderathes, in welcher nach Aufzählung einer Reihe von Beschwerden gegen das Präsidium und die Majorität der Versammlung das Verbleiben der Antisemiten von den Verhandlungen des Gemeinderathes angelehnt wird. Die Erklärung besagt, daß der Obmann der Klub Dr. Kuejer mit vier anderen Klubmitgliedern gegen die Nichtbetheiligung an den Gemeinderathssitzungen gestimmt hat.

Wien, 26. November. (W. T. V.) Ein Kommando der Vereinigten deutschen Vintzen des Abgeordnetenhauses giebt bekannt, der Vintzen Graf Kuenburg theilte in der heutigen Vormittagsitzung des Klubs mit, er habe dem Vintzenpräsidenten Grafen Taaffe am 24. November seine Demission angedreht. Nach einem weiteren Kommando der Vereinigten deutschen Vintzen schloß sich an die Mitteilung der Demission des Grafen Kuenburg eine kurze Debatte an, in welcher sich der Klub einig mit dem Schritte des Grafen Kuenburg einverstanden erklärte und demselben, sowie dem Klubvorsitzenden einmüthig das volle Vertrauen aussprach.

Schweiz.

Bern, 26. November. (W. T. V.) Das „Handelsamtsblatt“ erklärt, daß, wenn die französische Kammer und der französische Senat bezüglich der in dem Handelsabkommen zwischen Frankreich und der Schweiz vereinbarten Zollreduktionen eine gleiche ungünstige Haltung wie die Zolltariffkommission einnehmen und die Reduktionen theilweise oder ganz verwerfen sollten, abgesehen das ganze Handelsabkommen, die Literarkonvention mit einschließen, seitens der Schweiz als gescheitert betrachtet werden müßte. Die Anwendung des Differential- statt des Konvention-Zolltariffs wäre dann unvereinbar. Es sei zu hoffen, daß das französische Parlament die Motive würdigen werde, welche die Regierung zu Gunsten der Tarifreduktion geltend machen werde. Gemäß ihrer Erklärung vom 20. Juli werde die französische Regierung Alles thun, um den Erfolg des Abkommens auch aus allgemeinen Rücksichten zu sichern.

Frankreich.

Die französischen Kammer bewilligten neuerdings mehrere Millionen für den weiteren Gang des Hafens von Cherbourg. Es sollen weit draußen, mitten im Wasser, Seeförts angelegt werden. Ueber den Bau dieser Werke bringen französische Fachblätter folgende Angaben: Es werden in 16-20 Meter Wassertiefe, etwa 200000 Kubikmeter Beton, zwei eiserne Entlasten ins Meer versenkt, wie man sie beim Brückenbau verwendet. Sie werden aber nicht mit Beton ausgefüllt, da sie der Mannschaft der Werke zum Aufstiege dienen sollen. Man umhüllt sie dafür mit einem Mantel aus Zementbeton. Die Entlasten tragen je einen Panzerthurm mit fünf schweren Geschützen. Verbunden werden sie durch einen Damm aus Eisen oder Stahl, der zugleich als Wellenbrecher dient. Bei schlechtem Wetter werden die Thüren und Schließvorrichtungen geschlossen, und es zieht sich die Mannschaft in den Entlasten zurück. Luft erhält sie durch einen Schornstein. Wir beneiden die Lage der Leute nicht, und sie dürften es schwerlich lange in dem eisernen Gefängnis aushalten. Major Menard, Direktor der französischen Luftschifferanstalt in Meudon, will das leibbare Luftschiff wieder einmal erunden haben. Sein neuester Ballon soll im Stande sein, sich selbst gegen einen Wind von 12 Metern in der Sekunde fortzubewegen (?). Er ist kugelförmig und hat eine Länge von 70 Metern bei einem Durchmesser von 13 Metern und einem Kubikinhalt von 3400 Metern. Die Hauptfahse ist natürlich der Motor. Er wird zugleich mit Gasolin und, was nicht recht verständlich ist, auch dem Gas in der Ballonhülle gespeist, und besitzt eine Leistungsfähigkeit von 45 Pferdekräften. Der Gasolinverbrauch reicht zu einer Fahrt von 8 bis 10 Stunden. Die Maschine wiegt angeblich nur 30 Kilogramm auf die Pferdekraft, also etwa 1850 Kilogramm. Die Schraube ist vorne an der Gondel angeordnet und macht 200 Umdrehungen in der Minute. „La Nature“, der wir vorstehendes entnehmen, schließt ihren Bericht mit folgenden Worten: „Der Erfolg der Anwendung des Petroleum-Motors auf die Luftschiffahrt wird diese praktisch gestalten und unsere Heimat endlich mit einer einzig in ihrer Art dastehenden Luftflotte ausrüsten, die in Kriegszeiten fürchtbar sein dürfte, und im Frieden die Wissenschaft mächtig fördern wird.“ Wenn nun seitens der Franzosen keine weitere Gefahr droht, als aus ihrer Luftflotte, so können wir die Armeen ruhig entlassen.

Paris, 26. November. (W. T. V.) Die Aussage Delahaye's vor der parlamentarischen Untersuchungskommission in der Panama-Angelegenheit brachte keine weitere Aufklärung. Bei der Aufforderung, seine Aufzeichnungen zu präsentieren, antwortete Delahaye, er könne keinerlei Namen nennen, deren Träger dem politischen Leben angehören, er besitze keine materiellen Beweise und müsse sich darauf beschränken, die Namen von Finanzmännern anzugeben, welche etwa Auskunft geben könnten. Seine Vermutung wird Drumont von der Untersuchungskommission vernommen werden.

Die Erklärung des Justizministers Ricard, daß an den Nachlaß des Barons Reinach keine Siegel angelegt worden seien, hat in der Kommission großes Aufsehen erregt, da der Minister, weil Reinach wegen der Panama-Angelegenheit gerichtlich verhaftet wurde, hierzu verpflichtet war.

Paris, 26. November. (W. T. V.) Die von dem Deputirten Delahaye der Panama-Untersuchungskommission gemachte schriftliche Deposition giebt in der Forderung einer Nachforschung darnach, was aus den 5 Millionen Internat verbunden, ist die Zahl der benötigten geistlichen Verkräfte nicht unerheblich. Nebenbei sei bemerkt, daß das Vermögen der geistlichen Kongregationen in Mesch auf etwa 17,000,000 Mark geschätzt wird und im Elsaß wohl nicht viel geringer sein dürfte.

Arnsdorf, 26. November. Das Resultat der Reichstagswahl für den Wahlkreis

Arnsdorf-Friedeburg ist bis auf 12 Bezirke bekannt. Bis jetzt hat darnach Alwardt 6600 Stimmen, 300 über die bisherige absolute Majorität.

Sorau (Niederlausig), 26. November. Durch schlagende Wetter fand auf der Gottessegensgrube 3 in Runzendorf ein schreckliches Grubenunglück statt. 2 Bergleute wurden getödtet.

Dresden, 26. November. (W. T. V.) Se. königl. Hoheit der Prinz Heinrich von Preußen trifft morgen Vormittag aus Berlin hier ein, um sich dem Könige als Kommandant S. M. Schiff „Sachsen“ zu melden. Am der Nachmittag in der Villa Ströhen stattfindenden Tafel wird Se. königl. Hoheit der Prinz Heinrich theilnehmen und gegen 7 1/2 Uhr die Abreise antreten.

Rumänien.

Bukarest, 26. November. (W. T. V.) Der Kaiser von Rumänien hat der Ernennung Alexander Catargis zum rumänischen Gesandten in Petersburg seine Zustimmung erteilt.

Die Quarantäne in Sulina, sowie die Quarantäne in Jambou, für die Dampfschiffe aus den russischen Donauhäfen und Pruthhäfen ist auf 4 Tage herabgesetzt worden.

Griechenland.

Athen, 26. November. (W. T. V.) Der Kronprinz von Dänemark hat heute die Rückreise über Brindisi angetreten. Die Mitglieder der königlichen Familie gaben demselben bis Korinth das Geleit.

Amerika.

New York, 26. November. (W. T. V.) Die hiesigen Zollbehörden verweigern die Zulassung von Habern und Lumpen, welche in den vergangenen Sommer von der Cholera heimgegriffen Häfen gesammelt oder verpackt worden sind.

Buenos-Ayres, 26. November. (W. T. V.) Ein Bericht des Finanzministers weist auf die Unmöglichkeit hin, die finanziellen Aufwandsmittel, zu denen die Regierung bisher ihre Zuflucht genommen hatte, noch länger bestehen zu lassen. Der Bericht schlägt vor, daß zu Zeit geändertes System des Papiergeldes abzuändern.

Stettiner Nachricht.

Stettin, 27. November. Das große Gesamt-Ensemble der Zentralfallen tritt nur noch an wenigen Abenden auf und heute ist der letzte Sonntag, an dem es sich dem Publikum vorstellt. Besonderen Beifalls dürfte sich auch heute ein neues von Herrn Direktor Genée einstudiertes Ballet-Diversifement erfreuen, welches am Donnerstag mit hübschem Beifall aufgenommen wurde, besonders errang darin Fräulein Genée, die jugendliche Solotänzerin, einen großen Erfolg. Dieser Anerkennung erfreuen sich auch die trefflich arrangierten lebenden, resp. Marmorbilder, wie überhaupt das Programm durchweg vorzügliche Nummern bietet.

In der Woche vom 13. bis 19. November kamen im Regierungsbezirk Stettin 114 Erkrankungen und 14 Todesfälle in Folge von ansteckenden Krankheiten vor. Am stärksten trat Diphtherie auf, woran 54 Erkrankungen und 10 Todesfälle zu verzeichnen waren, davon 30 Erkrankungen (7 Todesfälle) in Stettin. Coburg folgten Masern mit 37 Erkrankungen, (1 Todesfall), davon 20 Erkrankungen in Stettin. An Darm-Typhus erkrankten 12 Personen (2 Todesfälle), davon 4 Personen (2 Todesfälle) in Stettin, an Scharlach 11 Personen, davon 10 in Stettin, und an Rindpestfieber verlor 1 Person im Kreise Raubow. In den Kreisen Anklam, Greifenhagen und Uckermark kein Fall von ansteckender Krankheit vor.

In der hiesigen Volksschule wurden in der Woche vom 20. November bis 26. November 2529 Portionen verabreicht.

Börsen-Berichte.

Posen, 26. November. Spiritus loco ohne Faß (50er) 48,40, do loco ohne Faß (10er) 28,90. Stettin. — Wetter: Schön.

Hamburg, 26. November, Nachm. 3 Uhr Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Hoch average Santos per Dezember 80,50, per März 79,25, per Mai 78,75, per September 78,00. — Debaupet.

Hamburg, 26. November, Nachm. 3 Uhr Zuckermarkt. (Nachmittagsbericht.) Ribben-Holzfuder 1. Produkt Basis 88 per November 13,90, per Dezember 13,87 1/2, per März 14,22 1/2, per Mai 14,24 1/2. — Stettin.

Waggonbau, 26. November. Zuckerbüchse. Kornzucker exkl. von 92 Prozent Rendement 14,75. Kornzucker exkl. 88 Prozent Rendement 13,70. Nachprodukte exkl. 75 Prozent Rendement 11,75. Zu ermäßigten Preisen mehr Kaufkraft. — Brod-Kaffee 1. 26,00. Brod-Kaffee 2. 27,75. Gemahlene Raffinade mit Faß 28,25. Gemahlene Melis 1. mit Faß 26,25. Ribba. — Holz-Zucker 1. Produkt Transit f. a. B. Hamburg per November 13,85 bez. n. B., per Dezember 13,85 bez. n. B., per Januar 14,00 bez., 14,02 1/2, per Februar 14,12 1/2, bez., 14,15 n. B. Ribba.

Rüben, 26. November, Nachm. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 16,25, do. neuer —, do. fremder loco 17,00, per November 16,10, per März 16,55. Roggen hiesiger loco 15,75, neuer —, fremder loco 16,75, per November 14,90, per März 14,35. Hafer hiesiger loco 15,75, fremder —, do loco loco 56,00, per Mai 53,50. — Wetter: Frost.

Peft, 26. November, Vormittags 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loco auf, per Frühjahr 7,51 G., 7,53 G., per Herbst 7,64 G., 7,66 G. Hafer per Frühjahr 5,51 G., 5,53 G. Mais per Mai-Juni 1893 4,88 G., 4,89 G. Rohraps per August-September 11,70 G., 11,80 G. — Wetter: Kalt.

Paris, 26. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen träge, per November 59,25, per Dezember 59,25, per Januar-April 60,25, per März-Juni 61,00. Weizen beh., per November 48,40, per Dezember 48,50, per Januar-April 48,90, per März-Juni 49,70. Spiritus fest, per November 47,00, per Dezember 47,50, per Januar-April 47,50, per Mai-August 47,50. — Wetter: Bewölkt.

Paris, 26. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen träge, per November 59,25, per Dezember 59,25, per Januar-April 60,25, per März-Juni 61,00. Weizen beh., per November 48,40, per Dezember 48,50, per Januar-April 48,90, per März-Juni 49,70. Spiritus fest, per November 47,00, per Dezember 47,50, per Januar-April 47,50, per Mai-August 47,50. — Wetter: Bewölkt.

Paris, 26. November. (W. T. V.) Wie

heute vom Polizeipräsidium die Aufforderung erhalten, Berlin binnen 24 Stunden zu verlassen. Die Staatsanwaltschaft hatte erklärt, gegen ihn nicht vorgehen zu können.

Rom, 26. November. In der gestrigen Nachtsitzung kündigte der Bürgermeister Raspoli an, daß die Stadt Rom 1895 zur Feier ihrer 25jährigen Befreiung eine Jubelfeier ausbekehren werde; er hoffe, daß zu derselben sich die Vertreter der gesammten Kulturwelt in Rom einfinden werden.

Letzte Nachrichten.

Wien, 26. November. Wie das „N. N.“ meldet, ist die Stimmung unter den Mitgliedern der vereinigten deutschen Linken eine hochherne und wurde in der heutigen Nachtsitzung beschlossen, daß für den Fall, wenn Graf Taaffe nicht die volle Gewähr gegen die Möglichkeit der Wiederkehr der jetzigen Krisis bieten werde, die Partei in Opposition zu treten habe.

Peft, 26. November. Die antiliberalen Agitation nimmt bedeutende Dimensionen an. In Magyars-freien wird lebhaft dafür agitiert, daß der Großmeister der ungarischen Freimaurer den ihm zugesicherten Posten des Präsidenten des Gerichtshofes nicht erhält.

Die aristokratischen Damen lassen den liberalen Magnaten allerlei Zurücksetzungen erfahren. In aristokratischen Salons werden über den Ministerpräsidenten ganz unerböhrten Spottreden geführt.

Madrid, 26. November. Die Königin begnadigte telegraphisch zwei zum Tode Verurtheilte, als dieselben in Saragossa eben zum Schafott gingen. In Folge dessen fand darauf eine große Volkskundgebung zu Gunsten der Königin statt.

London, 26. November. Heute Nacht hat ein furchtbarer Brand ein siebenstöckiges Gebäude am Dock zerstört. Eine bedeutende Anzahl Feuerwehr war damit beschäftigt, die Nachbargebäude zu schützen. Sechs Feuerwehrleute wurden halb erstickt aus der Brandstätte hervorgezogen. Der Schaden beträgt 8000 Pfund.

Die Königin hat Lord Salisbury für nächsten Donnerstag nach Windsor befohlen.

Die Arbeitslosen planen einen nächtlichen Straßenzug, die Polizei wird wahrscheinlich die Erlaubnis dazu verweigern.

Laut „Daily Chronicle“ würde der Baron von Mohrenheim von Paris nach Berlin versetzt werden.

Alexandrien, 26. November. Ein Angriff der Dervische auf Fort Tamrin bei Tofar ist von den ägyptischen Irregulären zurückgeschlagen worden. Wie gerüchelt wird, soll Doman Digma auf dem Rückzuge begriffen sein.

Briefkasten.

Antworten werden nur erteilt, wenn sich die Fragesteller als Abonnenten ausweisen. — Anonyme Anfragen und Zuschriften bleiben unberücksichtigt. Nur Anfragen, welche bis Freitag bei der Redaktion eingegeben, finden in der nächsten Sonntagsnummer Beantwortung. C. G. E. in G. 1. Der Arzt ist nicht strafbar. 2. Mit der vollzogenen Trennung treten die Betreffenden aus der Landesliste aus, der Austritt kann später noch ausdrücklich erklärt werden. Etwas ungeschickt ist jedoch in der Handlung des Predigers nicht. — E. W. Das Regiment hatte nie die von Ihnen angegebene Bezeichnung, sondern ist „Königliche Linie“. — T. B. Die Sache ist verfahren; es ist aber unangebracht, daß die Verlethte ihre Ansprüche nicht eher geltend machte. — F. B. 1. Es richtet sich darnach, wie der Lohn ausgezahlt wird, ist eine halbjährige Vorschusszahlung veranlaßt, so steht auf der Herrschaft das Recht des halbjährigen Abzuges zu. 2. Der Kläger ist verpflichtet, die Kosten des gegnerischen Anwalts zu ersetzen. 3. Wo nichts ist, ist eben nichts zu holen. Wenn der Kläger im Armenrecht lagte, werden die Kosten schwerer von ihm zu verlangen sein. — D. M. In diesem Falle sind die Eltern verpflichtet, zu zahlen, sie dürfen aber die Rechnung nicht zu hoch aufsummen lassen, ohne die selben in Kenntnis zu setzen. — A. S. Wir empfehlen Ihnen die „Deutsche Zeitung“ oder „Thorner Zeitung“. Beide erscheinen in Thorn. 2. Sie können den Betrag in Briefmarken einrichten. 3. Sie können im offenen Brief mit 3 Pf. Marke Druckfachen nach allen Orten des deutschen Postvereins senden. — V. in W. Der Kläger hat die Vertheilung, in diesem Falle Traggebühren zu fordern. — A. B. Das Verlangen der Schenkung ist für Stettin Polizeivorstand. — Rob. E. 1. Wenn der Mitspieler gegen Sie klagbar wird, so werden Sie sicher zur Zahlung verpflichtet. 2. Sie werden für diese Kurpfuscherei ein Geld fordern. Was Ihre Ansicht über den bekannten „Heilmagnetismus“ ist, so sind Sie im Irrthum, gegen denselben steht ein gerichtliches Verfahren. — H. W. in G. Wir müssen wegen beiden Anfragen erst nähere Erfindungen einziehen. — W. R. Der Mutter des Kindes wird unter den mitgetheilten Umständen auf alle Fälle die Erziehung übertragen, doch muß sie vorher einen dahin gehenden Antrag bei dem Vormundschaftsgericht stellen. — W. D. Die Erklärung muß vor der Hochzeit gegeben werden. — B. S. 100. Wir zweifeln nicht, daß derartige Eingehungen bei der hiesigen städtischen Sparkasse angenommen werden, da solche auf der Berliner Sparkasse gleichfalls sehr oft vorkommen. Die Frage ging uns so spät zu, daß es uns nicht mehr möglich war, an zuständiger Stelle Erfindungen einzugehen. — E. N. Nach dem Friedensschluß 1872 erhielt Fürst Bismarck den Titel eines Herzogs von Lauenburg.

Wetterausichten für Sonntag den 27. November 1892.

Zeiteise nebeliges, vielfach heiteres Wetter mit möglichen südlichen Winden ohne wesentliche Niederschläge; Nachts ziemlich strenger, am Tage mäßiger Frost.

Wasserstand.

Elbe bei Dresden, 26. November, + 1,34 Meter. — Elbe bei Magdeburg, 26. November, + 0,88 Meter. — Unstrut bei Strassfurt, 26. November, + 0,80 Meter. — Oder bei Breslau, 26. November, Oberpegel + 4,83 Meter, Unterpegel + 0,51 Meter. — Wartje bei Posen, 26. November, + 0,46 Meter. — Weichsel bei Thorn, 26. November, + 0,25 Meter. — Nege bei Ulf, 26. November, + 0,20 Meter.

Wetterausichten.

Zeiteise nebeliges, vielfach heiteres Wetter mit möglichen südlichen Winden ohne wesentliche Niederschläge; Nachts ziemlich strenger, am Tage mäßiger Frost.

Wasserstand.

Elbe bei Dresden, 26. November, + 1,34 Meter. — Elbe bei Magdeburg, 26. November, + 0,88 Meter. — Unstrut bei Strassfurt, 26. November, + 0,80 Meter. — Oder bei Breslau, 26. November, Oberpegel + 4,83 Meter, Unterpegel + 0,51 Meter. — Wartje bei Posen, 26. November, + 0,46 Meter. — Weichsel bei Thorn, 26. November, + 0,25 Meter. — Nege bei Ulf, 26. November, + 0,20 Meter.

Wetterausichten.

Zeiteise nebeliges, vielfach heiteres Wetter mit möglichen südlichen Winden ohne wesentliche Niederschläge; Nachts ziemlich strenger, am Tage mäßiger Frost.

Wasserstand.

Elbe bei Dresden, 26. November, + 1,34 Meter. — Elbe bei Magdeburg, 26. November, + 0,88 Meter. — Unstrut bei Strassfurt, 26. November, + 0,80 Meter. — Oder bei Breslau, 26. November, Oberpegel + 4,83 Meter, Unterpegel + 0,51 Meter. — Wartje bei Posen, 26. November, + 0,46 Meter. — Weichsel bei Thorn, 26. November, + 0,25 Meter. — Nege bei Ulf, 26. November, + 0,20 Meter.

Wetterausichten.

Zeiteise nebeliges, vielfach heiteres Wetter mit möglichen südlichen Winden ohne wesentliche Niederschläge; Nachts ziemlich strenger, am Tage mäßiger Frost.

Wasserstand.

Elbe bei Dresden, 26. November, + 1,34 Meter. — Elbe bei Magdeburg, 26. November, + 0,88 Meter. — Unstrut bei Strassfurt, 26. November, + 0,80 Meter. — Oder bei Breslau, 26. November, Oberpegel + 4,83 Meter, Unterpegel + 0,51 Meter. — Wartje bei Posen, 26. November, + 0,46 Meter. — Weichsel bei Thorn, 26. November, + 0,25 Meter. — Nege bei Ulf, 26. November, + 0,20 Meter.

Arnsdorf, 26. November. Das Resultat der Reichstagswahl für den Wahlkreis

Deutsche Fonds, Pfand- und Rentenwerte.			
Deutsche Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%	100,00	do. 3 1/2% 100,00
Pr. Reichsbank	4%		

